

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntag.
Bezugspreis vierteljährl. 1.50 RM.
ohne Postbefreiungsbühr. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postan-
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 59,
Urbanstr. 63 I. Fernr.: Wpbt 8653.

Anzeigenpreis
die hiergetheilte Zeilzeile 20 Pf.;
für Verbandsmitglieder 30 Pf.;
Stellungsangebote 30 Pf.; Verlam-
mungsmengen je 20 Bl. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 42.

Berlin, den 12. Oktober 1919.

35. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Anstellung von Beamten und Hilfsarbeitern. Infolge des großen Mitgliederzuwachses, den der Verband in dem laufenden Jahre erfahren hat und der, wie zu erwarten ist, noch weiterhin anhalten wird, sieht sich der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Verbandsausschuß und in Uebereinstimmung mit dem Angestelltenrat, sowie nach vorausgegangener Berathung mit Vertretern der in Frage kommenden Gauen und Zahlstellen veranlaßt, die Neuanstellung von 20 Kollegen oder Kolleginnen vorzunehmen. Die anzustellenden Mitglieder sollen je nach dem Gau oder dem Ort, in dem sie Verwendung finden sollen, entweder als Bevollmächtigte, Kassierer oder als Hilfsarbeiter tätig sein. Sie müssen der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein und mindestens 5 Jahre dem Verband als Mitglied angehören. Sie müssen befähigt sein, alle Organisations- und Verwaltungsarbeiten entweder vollkommen selbstständig oder auftragsgemäß ausführen zu können.

Die Anstellung erfolgt unter den beim Verband üblichen Bedingungen. Das Anfangsgehalt beträgt unter den auf dem Verbandstag in Würzburg beschlossenen Voraussetzungen für in leitender Stellung tätige Angestellte 7500 RM. und steigt bis 8700 RM., für Hilfsarbeiter 6000 RM. und steigt bis 6800 RM. („Buchb.-Ztg.“ Nr. 34.)

Für die einzelnen Gauen und Orte werden benötigt:

1. für Berlin zwei verantwortliche Beamte und drei Hilfsarbeiter;
2. für Leipzig ein verantwortlicher Beamter und ein Hilfsarbeiter;
3. für Stuttgart ein verantwortlicher Beamter;
4. für Dresden ein Hilfsarbeiter;
5. für München ein verantwortlicher Beamter;
6. für Annaberg-Buchholz ein Hilfsarbeiter. Falls die Umstände es gestatten und geeignete Bewerber sich finden, soll später die Umwandlung der Stellung in eine solche für einen verantwortlichen Beamten erwogen werden;
7. für Heilbronn ein Hilfsarbeiter;
8. für Troßingen und umliegende Orte ein Hilfsarbeiter, der dem Bevollmächtigten des Gaus 15 unterstellt ist;
9. für Gau 4 (Breslau) ein Hilfsarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen wie bei Annaberg-Buchholz;
10. für Gau 6/7 (Hamburg) ein verantwortlicher Beamter;
11. für Gau 8 (Hannover) ein Hilfsarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen wie bei Annaberg-Buchholz;
12. für Gau 10 (Eberfeld) ein Hilfsarbeiter;

13. für Gau 10 (Köln, besetztes Gebiet) ein verantwortlicher Beamter. Je nachdem sich im Westen die politischen Verhältnisse gestalten, soll später eine Neuregelung eintreten, durch die der Beamte im Gau 10 weitere Verwendung finden wird;

14. für Gau 11/13 (Frankfurt a. M.) ein Hilfsarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen wie bei Annaberg-Buchholz;

15. für Gau 16 (Nürnberg) ein Hilfsarbeiter unter den gleichen Voraussetzungen wie bei Annaberg-Buchholz.

Die Anstellung der unter 1—7 genannten Beamten und Hilfsarbeiter erfolgt durch die betreffenden Zahlstellen selbst. Bewerbungen für diese Stellen sind mithin nicht an den Verbandsvorstand, sondern an die Ortsverwaltungen der betreffenden Zahlstellen zu richten. Die Anstellung der unter 8—15 genannten Beamten und Hilfsarbeiter erfolgt durch den Verbandsvorstand und sind mithin Bewerbungen an diesen zu richten.

Die Bewerbungsschreiben müssen vom Bewerber eigenhändig geschrieben sein; sie müssen einen kurz gefaßten Lebenslauf und Angaben über die bisherige Tätigkeit im Verband enthalten. Um eine Vorselektion zu ermöglichen, ist doppelte Ausfertigung erwünscht.

Die Besetzung aller Stellen soll tunlichst bald erfolgen und sind deshalb die Bewerbungen zum 27. Oktober an die zuständigen Stellen einzureichen.

2. In Ludwigshafen a. Rh. ist von den bisher der Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen angehörigen Mitgliedern mit dem 1. Oktober eine neue Zahlstelle gegründet worden.

3. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten nengeregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

	Weibl. Mitgl. pro Woche	Männl. Mitgl. pro Woche
Mannheim	10 Pf.	20 Pf.
Reinhold	10 "	20 "
Gau 5	10 "	15 "
	I. u. II. u. III. u. IV. u. V. u. VI.	
Heilbronn	5 Pf.	10 Pf.

4. Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamt (gelbe Karten) über Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbezug im 3. Quartal sind, soweit das noch nicht geschehen ist, sofort auszufüllen und an uns einzusenden.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, auf Seite 226—237, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neugegründeten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Berichtskarten, die nicht spätestens am Dienstag, den 14. Oktober, früh mit erster Post bei uns eingetroffen sind, können wir für die Zusammenstellung nicht mehr verwenden.

Der Verbandsvorstand.

Reichstarif und Teuerungszulagen.

Die Beratungen und Verhandlungen über die Schaffung großzügiger Reichstarife für unsern Beruf sind in vollem Gange. Die Beratungen des Stützkomitees für die Buchbinderbranche durch die dazu von Unternehmern und Arbeiterschaft eingesetzte Kommission nahmen einen zwar in der Natur der Sache liegenden langsamen, doch sicheren Fortgang und auch die Vorberatungen über die allgemeinen Bestimmungen des Tarifs sind nunmehr aus ihrem ersten Stadium heraus. Der Entwurf eines Manteltarifs, der alle allgemeinen Bestimmungen umschließt, ist bereits an sämtliche in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen übermittelt worden, so daß in kürzester Frist die Verhandlungen über diesen Entwurf werden beginnen können. Unser vom Würzburger Verbandstag neugebildeter Tarifausschuß hat nach dieser Richtung hin in den Tagen vom 25. bis zum 28. September bei seinem ersten Zusammentritt in Leipzig gute Arbeit verrichtet. Ihm oblag es, einen Entwurf zu schaffen, der für alle im Buchgewerbe tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung haben soll. Das ist in anstrengender, vom frühen Morgen bis zum späten Abend geleisteter Arbeit geschehen und der so geschaffene Entwurf wurde bereits dem Verband Deutscher Buchbindermeister, dem Deutschen Buchdruckerverein, dem Bund Deutscher Buchbinderinnungen, dem Schutzverband Deutscher Stein-druckermeister und dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Geschäftsbücher, zugeleitet.

Die verschiedenen Arbeitgebergruppen haben in einer gemeinsamen Sitzung am 25. September über die Möglichkeit eines gemeinsamen Zusammengehens und Verhandeln über den Reichstarif beraten. In einer Sitzung mit Vertretern unseres Verbandes am Abend des 25. Septembers wurde zum Ausdruck gebracht, daß ein einheitlicher Manteltarif für alle der oben genannten Geschäftszweige zwar nicht leicht, aber doch möglich sei. Auch die Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins und des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen, die bei der Aussprache nicht mehr anwesend waren, hatten ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über einen Reichstarif zugesagt. Mit den Kartonnagenfabrikanten wird ein besonderer Tarif abgeschlossen werden müssen, da nach der Ansicht der betreffenden Unternehmer die Verhältnisse in dieser Branche von denen der übrigen so wesensverschieden seien, daß ein einheitlicher Abschluß dadurch verhindert würde. Ganz selbstverständlich ist die Aufstellung des Entwurfs für die Kartonnagenbranche erfolgt unter weitesther Anlehnung an den Entwurf für die Buchbinderbranche, wie sich auch aus dem folgenden Bericht über die Kartonnagerkonferenz ergibt. Ausgesprochen wurde — und zwar von beiden Seiten — daß die Verhandlungen so sehr als nur irgend möglich gefördert werden sollten, damit die Reichstarifabschlüsse in kürzester Frist getätigt werden können.

Am gleichen Abend wurde auch über die von unserem Verbandsamt gestellten Forderungen auf abermalige Erhöhung der Teuerungszulagen verhandelt. Die Unternehmer stellten sich auf einen völlig ablehnenden Standpunkt, vorwiegend mit der Begründung, daß wir uns mitten in den Beratungen über den Abschluß eines neuen

Tarifes befänden und in dieser Situation unmöglich noch eine Wenderung der Lohnhöhe eintreten könnte. Nachdem es sich herausstellte, daß eine Sinnesänderung der Unternehmer nicht eintreten würde, wurden die Verhandlungen resultatlos abgebrochen. Am 20. September kamen die beiderseitigen Vertreter nochmals zusammen, nachdem inzwischen ein schriftliches Angebot der Unternehmer eingegangen war, das an Gehilfen bis zum 6. Berufsjahr 6 M., nach dem 6. Berufsjahr 10 M., an geübte Arbeiterinnen 8 M., und an ungeübte 3 M. zugestehen wollte. Diese Erhöhungen sollten erstmalig am 17. Oktober für die zweite Lohnwoche im Oktober zur Auszahlung kommen. Diese minimalen Zugeständnisse konnten nicht angenommen werden und nach mehrstündigen Verhandlungen fanden sich die Unternehmer endlich bereit, die Sätze zugestehen, die bereits in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ bekanntgegeben wurden. Nach der getroffenen Vereinbarung sind an neuen Teuerungszulagen zu zahlen: An Gehilfen bis zum 6. Berufsjahr 7 M., nach dem 6. Berufsjahr 12 M., an geübte Arbeiterinnen 7 M., an ungeübte unter a und b des Tarifes 3,50 M. Die Teuerungszulage für Akkordarbeiter wird von 33% Prozent auf 60 Proz. für Akkordarbeiterinnen von 33% Proz. auf 75 Proz. erhöht. Diese Zulagen werden erstmalig am 10. Oktober für die erste Lohnwoche im Oktober ausgezahlt. Wenn auch beim Abschluß gesagt wurde, diese Zugeständnisse erfolgten vorbehaltlich der Zustimmung der in Frage kommenden Ortsgruppen der Unternehmer in Berlin, Stuttgart und München, die bei diesen zweiten Verhandlungen nicht erschienen waren, dann wurde dieser Hinweis als einseitig als eine Formschabe angesehen, da es den Unternehmern in Berlin, Stuttgart und München bekannt war, daß am 20. September die Angelegenheit zum Abschluß kommen sollte, wie es in ihrer Gegenwart in der Sitzung vom 25. September ausdrücklich bestimmt worden war. Wenn in der abschließenden Sitzung vom 20. September keiner ihrer Vertreter anwesend war, dann ist das ihre eigene Sache. Auch in dieser Sitzung wurde von beiden Seiten eine Verschleu- rung in den Verhandlungen über den Abschluß des Reichstarifs gewünscht und von beiden Seiten zu- gesagt.

Die Reichskonferenz der Kartonnagenbranche.

Nach Vorberatung durch den Tarifausschuß trat am 20. September in Leipzig die Reichskonferenz der Kartonnagenbranche zur Beschlußfassung über den Entwurf zu einem Reichstarif zusammen. Anwesend waren neben 20 Delegierten der neu gewählte fünfzehnehrige Tarifausschuß, 9 Mitglieder der Z.-K., 3 Vertreter der Glubarbeiter und 3 Vertreter des Verbands-

vorstandes. Als Leiter der Verhandlungen wurden Hausenien und Pfäfe, als Schriftführer Gash, als Führer der Rednerliste Rätzner bestimmt. Nach Eröffnung durch den Verbandsvorsitzenden Hausenien und einer Begrüßung und kurzen Einleitung durch denselben sprach Lange-Dresden als Referent zu dem einzigen Punkt der Tagesordnung: „Der Reichstarif für die Kartonnagenbranche“.

Der Redner ging in seinen Ausführungen besonders auf die Tätigkeit der Z.-K. seit ihrer im Jahre 1912 erfolgten Bildung ein. Er schilderte die Schwierigkeiten, die die Z.-K. zu überwinden hatte bei der Bearbeitung ihrer Aufgaben, die in erster Linie dahin gingen, zusammenfassend die Verhältnisse in der Branche festzustellen. Die Erfüllung dieser Aufgabe war erwartet durch die Wichtigkeit in einer ganzen Reihe der in Frage kommenden Orte. Der Ausbruch des Krieges, die Einberufung der in der Z.-K. tätigen Kollegen und die überall wirkenden Nebenumstände machten dann ein den Aufträgen der Z.-K. entsprechendes Arbeiten fast ganz unmöglich. Nach der Revolution, nachdem die tätigen Kollegen sich wieder zur Verfügung gestellt hatten und nachdem in anderen Branchen und Berufen die Reichsstariffrage lebhaft besprochen und in einzelnen Fällen auch Abschlüsse von solchen zu verzeichnen waren, betrachtete die Z.-K. es als ihre Aufgabe, diese Frage für die Kartonnagenbranche zu einer Klärung zu bringen. Als Hauptaufgabe wurde dabei angesehen, daß zuerst eine Vereinheitlichung der so außerordentlich verschiedenen gelagerten Verhältnisse herbeigeführt werden müsse. Um hier erfolgreich tätig sein zu können, arbeitete die Z.-K. Entwürfe zum Reichstarif aus und stellte diese zur Beratung in den Brandentkommissionen.

Diese Beratungen haben zu einer gewissen Klärung geführt und die Z.-K. veranlaßt, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, in welchem die Anregungen, die auf Grund des ersten Entwurfes gegeben sind, berücksichtigt werden konnten. Nachdem es die Z.-K. als notwendig angesehen hatte, eine Vereinheitlichung der Verhältnisse anzustreben und in den Anregungen, in der Berichtigungsabsicht und auch bei der in diesem Jahr stattgefundenen sachlichen Kartonnagenkonferenz keine gegenfällige Anschauung zur Geltung kam, konnte auf die vorerst nur vereinzelt Wünsche, für die Kartonnagenbranche Forderungen aufzustellen, die denen der Buchbinder entsprechen, nicht die Rücksicht genommen werden, die von den einzelnen Stellen erwartet worden ist. Die Z.-K. konnte daher nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß sie ihre Aufgabe nach bestem Wissen erfüllt habe und daß die Anregung gegen ihre Tätigkeit bei Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse alle Berechtigung verlieren. Die in letzter Zeit gegebenen Anregungen aus dem Reich und die Stellungnahme des Tarifausschusses ergaben nunmehr aber, daß mit allen Mitteln ver-

sucht werden muß, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kartonnagenbranche entsprechend denen der Buchbinderbranche zu gestalten. Die Z.-K. konnte gegen diese Forderung, die auch ihr berechtigt erscheint, nicht Stellung nehmen und wünscht, daß die Beratungen, die nun nicht auf Grund des Entwurfes der Z.-K., sondern des Entwurfes zum Reichstarif für die Buchbinderbranche geführt werden, ein Resultat ergeben, mit dem die Kollegenchaft im Reich zufriedenstellt sei und das auch Aussicht habe, in möglichst kurzer Zeit zur Annahme und Durchführung zu kommen.

Nach Entgegennahme dieses Referates empfahl der Vorsitzende Hausenien, sofort in die Spezialberatung des Entwurfes einzutreten. Die Konferenz müßte ihre Aufgabe in einem Tage erledigen und würde das nicht können, wenn erst eine längere Debatte über die Ausführungen des Referenten stattfinden würde. Die Konferenz beschloß dementsprechend sofort in die Beratung des vorliegenden Entwurfes zum Reichstarif einzutreten.

Bei der Besprechung zeigte es sich, daß allgemein das Bestreben vorhanden ist, für die Kartonnagenbranche die gleichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen wie für die Buchbinderbranche. Bei dieser Sachlage und nachdem der Tarifausschuß den Entwurf für die Buchbinder bereits durchberaten und feigelegt hatte, ergab sich bei einer großen Reihe Bestimmungen, daß sie unverändert auch für die Kartonnagen als Forderung angenommen werden sollten. Bei Bestimmungen, wo es sich nicht umgehen ließ, die besonders gelagerten Verhältnisse in der Kartonnagenbranche zu berücksichtigen, entwickelte sich eine oft recht lebhaft Debatte.

Die ersten fünf Abschnitte des Entwurfes, die „Zweck des Vertrages, Arbeitszeit, Ueberstunden, Nacharbeit und die allgemeinen Bestimmungen zur Entlohnung“ regeln wollen, gelangten unverändert zur Annahme. Erst bei dem Abschnitt „Akkordlohn“ machte sich eine besondere Beratung und Forderung einzelner Bestimmungen notwendig. Die Bestimmungen über Abkündigungskfrist, Ferien, Feiertagsbezahlung und Arbeitsnachweis sind ebenfalls unverändert aus dem Buchbinderentwurf übernommen worden.

Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen lösten eine lebhaft Besprechung aus. Diese zeigte, daß heute die Verhältnisse außerordentlich verschiedenartig liegen. In einer ganzen Reihe Orte werden Lehrlinge überhaupt nicht ausgebildet, obwohl die Vorbedingungen dazu gegeben wären. In anderen werden Lehrlinge gehalten, trotzdem die vorkommenden Arbeiten so einfach und einseitig sind, daß eine richtige Ausbildung gar nicht möglich ist. Und in wieder anderen werden Lehrlinge in so großer Zahl gehalten, daß sie nach ihrer Lehrzeit gar nicht alle im Beruf am Orte ein Unterkommen finden können. Diese Verhältnisse zwingen zu einschneidenden Maßnahmen, um eine möglichst einheitliche Handhabung in der Lehrlingsfrage

Der Ruf nach Süden.

Von G. Bussie-Palma. (Fortsetzung)

Auch an dem Abend nach dem verunglückten Auf hinter den Schiffen saßen sie so zu viere in beieinander. Die Männer spielten Karten und eine stand hinter seinem Stuhl und schobte oder drante Grog.

„Gde nur, was das für ein Wind ist!“ flüsterie sie ihm einmal zu. „Was meinst Du, wenn Du jetzt brauchen sein müßtest!“

Geierlich Döse legte sich hintenüber, so daß sein Haar ihre Hand berührte, die auf der Stuhllehne ruhte.

„Ja, Mädchen, so gewißlich hät' ich es dann wohl nicht,“ antwortete er halb lachend. „Es muß nicht schön sein, jeht brauchen herumzuwandeln.“

Der alte Masnus, der grad beim Wischen war, ließ die Karten sinken und wählte die Hand hinter sein fleischiges, dickes Ohr, aus dem ein dichter Wulst grauer Haare hervorsah. Dann schüttelte er nachdenklich den struppigen weißen Kopf.

„Ob unsere Fische alle daheim sind, Döse?“

Der kleine, vierstellige Krämer nahm die Stummelpeise aus dem Mund und klopfte sie bedächtig auf einen irdenen Teller aus.

„Wasms kam noch vor Dunkelwerden zurück. Sonst war keiner drausen.“

„Dann sei Gott den andern gnädig, die jeht auf

dem Wasser sind,“ sagte Masnus ernst und mischte soeiter. „Du sprichst aus, Geierlich.“

Das Hinausbotchen hatte die alte Stimmung aber zerstört. Das dumpfe Rufen des Windes, der mitunter grell aufschrie, um das Haus ging, zog die Gedanken aller von den Karten ab.

„Eine hat recht!“ begann Masnus und blinzelte den jungen Mann mit den kleinen schwarzen Infulameragen freundlich an. „Du kannst Gott danken, daß du hier ein warmes Nest hast. Früher werden, wenn man's nicht nötig hat, Gott straf' auch! Das ist doch zu dumm!“

„Das will ich ja auch gar nicht!“ brummte Geierlich unruhig. „Rein! Daran hatte er wirklich nie gedacht. Ich von Wind und Salzwasser täglich die Haut gerben lassen, um ein Brot zu verdienen, das er hier bequemer hätte. Herr! Eine lächerliche Idee!“

„Was was dann? Willst Du als Waldrose für fremde Rechnung ins Blaue fahren? Was suchst Du eigentlich drausen, he?“ Apfelsinenbäume vielleicht?“

„Apfelsinen kann er hier im Geschäft haben, wenn er will,“ warf der alte Döse gutmütig spottend ein. „Gannes und Okeroff aus Hamburg machen jedes Jahr Offerte.“

„Na also! Und die Menschen? Patszeug! sag' ich Dir. Hier weisst Du, wer Du bist und was Du hast und drausen bist Du nicht mehr wert wie ein Seehund, dem man den Sped ausschneidet und dann liegen läßt. Jeder schmack' anders als Du und keiner

weiß, was ein anständiger Grog ist. Ach, Geierlich, mein Sohn. Du bist ein Esel, wenn Du glaubst, daß es drausen besser ist!“

Geierlich Döse fühlte sich ganz unglücklich, weil er dem alten Mann nichts zu antworten wußte. Gab er denn nicht recht? Apfelsinenbäume und blauer Himmel und Blumen, das war ja alles ganz schön, ganz wunderschön, aber wenn er im Grunde darüber nachdachte, mußte er sich doch sagen, daß ihn das nicht verlockte. Ob Schafgarbe oder Tulpen, so wichtig konnte das doch nicht sein! Und Man war der Himmel hier auch manchmal und die Erde trocken bis zum Rücken. Und mit den Menschen würde das wohl auch stimmen. Ja, er war wohl wirklich ein Esel. Verdrossen streifte er die Nase in sein Grogglas.

„Fischen tut mir hier was,“ grölte er eigenfönnig. Masnus schmunzelte.

„Hast doch all' peinig' hier,“ meinte er gutmütig. „Sieh Dich doch nur mal um! Eine pissene Hänge- lampe, die uns Sändern vor Gott des Teufels Gebetbuch tagtäglich beleuchtet, ein Kipsjasa wie ein hamburgrischer Senator, Rum und Tabak nach Bergen- kluft — was willst Du noch mehr? Und oben- drein, wenn Dir sonst was fehlt und Du Beirats- absichten hast, sogar ein ganz ansehnliches Mädchen in der Nase. Was, Geier?“

„Ne, laßte erdend und machte sich mit dem Spiritusföcher zu schaffen. Der alte Döse nahm das Gespräch aber sofort ernst auf.

auch für die Kartonnagenbranche zu erreichen. Besondere Maßnahmen erfordert die zahlenmäßig große Beschäftigung von weiblichen Lehrlingen, für welche im allgemeinen das gleiche gesagt werden kann wie für die männlichen Lehrlinge. Die Tatsache aber, daß für die weiblichen Lehrlinge in der überwertenden Mehrzahl eine längere Lehrzeit nicht angebracht ist, zwingt zu besonderen Bestimmungen für diese. Insbesondere soll es in Zukunft direkt verboten sein, Lehrverträge mit Arbeiterinnen abzuschließen. Dadurch soll erreicht werden, daß Arbeiterinnen nicht länger als unbedingt notwendig als Lernende angesehen werden und Entlohnung für Lehrmädchen bekommen. Ein diesbezüglicher Antrag: „Das Abschließen von Lehrverträgen mit Arbeiterinnen ist unstatthaft“, gelangte zur Annahme. Die Ausbildung von Lehrlingen bzw. Lehrmädchen darf nur noch in Betrieben erfolgen, in denen Lagerskartonnagen oder qualitativ wertvolle Kartonnagen hergestellt werden. Daß die Bestimmungen über das Lohn- und Arbeitsverhältnis im allgemeinen für Lernende ebenso Geltung haben wie für alle anderen im Betriebe, wurde als eine Selbstverständlichkeit angesehen. In den Bestimmungen über Arbeitervertretungen wird das gefordert, was durch das Betriebsrätegesetz festgelegt werden soll. Diese tarifliche Regelung der Betriebsrätefrage ist in dem Verlangen der Arbeiterschaft begründet, möglichst bald eine Regelung der Frage herbeizuführen.

Die unter „Allgemeines“ festzulegenden Bestimmungen erforderten eine längere Beratung, da hier auf die besonderen Verhältnisse der Kartonnagenbranche Rücksicht genommen werden mußte. Die Fragen, welche Arbeit an Maschinen für weibliche Arbeiter verboten sein soll, was als Gehilfenarbeit anzusehen ist und wie weit Hilfsarbeiter mit Gehilfenarbeit beschäftigt werden dürfen bzw. wann sie als Gehilfen zu betrachten und zu entlohnen sind, sind nach eingehender Besprechung zu einer Regelung und Aufstellung von diesbezüglichen Forderungen gebracht worden. Ein Antrag: „Alle Kartonnagen, welche innen und außen mit Seide, Samt, Erzfah und ähnlichen Stoffen überzogen werden und zur Aufbewahrung für Bestede, Bijouterie, Nagelpflege, Kassetten und -messer usw. dienen, fallen unter die Bestimmungen des Reichstarifgesetzes der „Etuissarbeiter“, wurde, da sich die Zweckmäßigkeit der Annahme nicht ohne weiteres feststellen ließ, dem Verhandlungsstand zur weiteren Bearbeitung überwiesen.

Die Festsetzung der zu fordernden Lohnsätze erfolgte in der gleichen Höhe wie für die Buchbinder. Notwendig war nur eine Klassifizierung der verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmer in der Kartonnagenbranche. Diese erfolgte nach einer Debatte im Sinne der bisher schon am besten dastehenden Orte.

Die eigentliche Tagesordnung der Konferenz war mit diesen Punkten erledigt. Vor Bekannt-

gabe einiger geschäftlicher Mitteilungen stand noch ein Antrag mit folgendem Wortlaut zur Besprechung: „Die Kartonnagerkonferenz sieht die Aufgaben der Zentralkommission nunmehr als erledigt an. Nach Abschluß des Reichstarifgesetzes wird die Durchführung derselben Aufgabe der Vertreter im Tarifauschuß und der sonstigen tariflichen Organe sein. Da der Zentralkommission danach keinerlei Aufgabenteil verbleibt, verfaßt diese der Auflösung“. Nach einer kurzen Begründung durch den Antragsteller erklärte ein Vertreter der Z.-K., daß sie keine Ursache haben, auf den Weiterbestand zu bringen. Im Interesse der Weiterbildung der Kartonnagerfrage sei es aber zweifellos von Vorteil, eine Zentralstelle bestehen zu lassen, welche allerdings nur diese Frage zu bearbeiten habe, da der Tarifauschuß für alle sich aus dem Tarif selbst ergebenden Fragen zuständig sei. Die Abstimmung ergab, daß die Z.-K. nicht der Auflösung verfallen soll. Mit der Aufforderung, nun in allen Orten den Reichstarifgedanken lebhaft zu propagieren und auch die letzten noch nicht organisierten Kartonnager für den Buchbinderverband heranzuziehen und dem Wunsch, daß die Beratungen recht bald das Ergebnis haben, daß der Reichstarif zum Abschluß kommt, konnte der Vorsitzende die Tagung schließen.

W. Galsch, Dresden.

Bericht vom Gantag des Ganes 5.

Der neuen Zeit, dem Ueberblick über die Verhandlungsbeschlüsse und den Wünschen der Mitglieder Rechnung tragend, hatte der Gauvorstand zum 21. September nach Magdeburg einen Gantag einberufen. Die zahlreichste Magdeburger hatte es verstanden, den Delegierten und Gästen den fargen Aufenthalt so angenehm wie möglich zu gestalten. Vertreten waren der Gauvorstand, die Zahlstellen Magdeburg, Akerleben, Halberstadt, Dessau und Wittenberg, sowie die Einzelmitgliedskassen in Torgau, Quedlinburg, Osterwieck, Köthen, Wernburg, Burg, Stendal und Salzwehel, zusammen 23 Delegierte und 4 Gäste.

Gauleiter L. U. h. er Magdeburg eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung der Erwidern. Er erhofft eine erspriehliche Arbeit unter der Voraussetzung, daß alle Anwesenden bestrebt sind, sich nicht in politische Debatten zu ergeben, sondern praktische Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Zu Vorsitzenden wurden v. d. Reich-Magdeburg und Langloß-Akerleben, zu Schriftführern Edmartz-Wittenberg und Müller-Torgau gewählt. v. d. Reich begrüßte die Delegierten im Namen der Zahlstelle Magdeburg und sprach den Wunsch aus, daß alle mit frohem Herzen vom Gantag scheiden mögen mit dem Gedanken, das auszuführen, was im Verhandlungsleben in den nächsten Wochen und Monaten notwendig ist. Ferner gedachte er der im Weltkrieg gefallenen Kollegen. Die Anwesenden erhoben sich zum Andenken von den Plätzen.

Gauleiter L. U. h. er Magdeburg erstattete sodann den Bericht des Gauvorstandes. Einleitend betonte er, daß, als Kollege Wöhme die Geschäfte des Ganes niederlegte, durch die andauernde Einziehung

zum Militär es an geeigneten Kräften fehlte und dieserhalb die Leitung der Zahlstelle Magdeburg auch die Geschäfte des Ganes übernahm mit einem Stand von 33 Mitgliedern. Die Lohnverhältnisse waren durch die Feuerung die denkbar traurigsten. Die Kollegen selbst waren nicht zu bewegen, in Lohnbewegungen einzutreten, weil sie befürchteten, zum Militär eingezogen zu werden. Die Arbeit war dadurch sehr erschwert, doch gelang es in Magdeburg nach der Tarifkündigung die Gleichstellung der Buchbinder mit den Buchdruckern im Punkte Feuerungszulagen durchzubringen. Die Sachlage änderte sich erst, als die Kollegen aus dem Felde heimgekehrt waren, v. d. Reich die Leitung der Zahlstelle Magdeburg übernahm und Luther sich dem Gau zur Verfügung stellen konnte. Eine Lohnbewegung, bedingt durch die schlechten Löhne und die anhaltende Feuerung, trieb die andere. In Quedlinburg waren die Lohnverhältnisse die denkbar schlechtesten und die eingeleiteten Verhandlungen mit den Arbeitgebern waren sehr erschwert. Es gelang trotzdem, Lohnbewegungen von 6-8 Mk. durchzubringen. Die Lohnbewegungen in Wittenberg, Torgau, Dessau und Burg brachten schöne Erfolge. In kleineren Ortsgruppen war die Arbeit durch die schlechten Feuerungsverhältnisse sehr zeitraubend, doch ist es gelungen, die Löhne über 60 Mk. zu steigern. Zu gleicher Zeit setzte eine rege Agitation für den Verband ein, so in Magdeburg, Akerleben, Wittenberg und Torgau. Der Mitgliederstand im Gau hob sich auf 300 Einzelmitglieder, der Gesamtmitgliederszahl auf 930. Ein schöner Erfolg emiger Arbeit. Die Zahlstelle Akerleben hatte einen besonderen Erfolg, konnte doch die Mitgliederzahl von 13 auf 780 erhöht werden. Durch die vermehrte Arbeit wurde die Zahlstelle dem Bezirksleiter Storneder-Pannover überwiesen. Wenn es nicht möglich war, überall die gleich guten Verhältnisse zu schaffen, so war es nicht die Schuld des Gauvorstandes, sondern schuld sind die schwierigen Verhältnisse, unter denen so manches zu leiden hatte.

In der Diskussion bemerkte Luther, daß es nicht möglich war, den Gantag nach dem alten Reglement einzuberufen. Die außerordentliche Zeit bedingt außerordentliche Maßnahmen. Storneder-Pannover erwiderte in kurzen Erläuterungen den Bericht und teilte mit, daß es in Akerleben gelang, die Löhne um 15 Proz. zu verbessern. Schubert-Magdeburg berichtete von der Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle. Die Zunahme betrug 400, so daß der Mitgliederbestand 615 beträgt. Feistel-Dessau erörterte die Lohnverhältnisse und bedauert, daß Luther bei der stattgefundenen Lohnbewegung nicht zugegen sein konnte. Doch gelang es, die Forderung der Gehilfen und Arbeiterinnen durchzubringen. König-Halberstadt bittet, den Gauleiter zu schonen, da er ja das Amt nebenamtlich verwaltet. Er kommt auf die eigene Lohnbewegung zu sprechen und bedauert, daß es an geeigneten Kräften fehlt, die Arbeiterinnen in die autändige Organisation zu bringen. Lofe-Stendal berichtete, daß in der Altmark die Lohnverhältnisse die traurigsten wären. Doch gelang es in Stendal, mit dem Innungsmeistern einen Tarif abzuschließen. Es müßte jedoch allgemein vorgegangen werden, damit dem Reichstarif vorgearbeitet werde und die Löhne jetzt schon auf gleiche Höhe zu bringen. Raled-Salzwehel bestätigte, daß

Speichen griffen. Schwarz und gelblich schwanke das Rettungsboot auf seinem Wagen hinaus, dem Wasser zu.

Das Meer lag in Krämpfen. Die Wellen tanzten wie wahnwitzige Derrische in weißen Gewändern, dampf niederstlegend und immer wieder mit Scheul aufspringend, an einer fürchterlichen Musik, die eine Horde von Dämonen auf dröhnenden Gong, toirbelnden Trommeln, Polkannen, Pfeifen und rasenden Rebellhörnern zu spielen schien. Dünne, rasche Blitze, die vom Nebel fast verblühten Signale des meilenfernen Leuchtturmes, zuckten über das chaotische Gequirl und Getöse.

„Es ist nicht möglich“, sagten die Männer. Sie jähren es alle: jeder Versuch, herauszurudern, wäre nur ihr eigenes Verderben gewesen.

Als wollte das Meer ihre Ansicht bestätigen, kam plötzlich in rasender Geschwindigkeit und wie ein Arabat springend, lauchend, sich überstülpend, ein kleines Boot durch den schwarzen, lodenden, schaumbestockten Wirbel gefaßt, flog von Welle zu Welle und krachte, hoch aufspringend, gegen die Brust des Rettungsbootes, das dumpf erzitternd auf dem schrägen Holzflieg hand. Es kam vom Dampfer her, der, nur in seinen Umrissen kenntlich, auf den spitz, nadelcharfen Klippen hing. Sturzflee nach Sturzflee ging über den schwarzen Schatten hinweg. Von der Seeite her sprangen sie wie ein Hundel Wölfe oder wie Gähler auf Deck und gingen vorn wieder wie Lawinen nieder.

(Gantag 1914)

„So mein ich auch!“ sagte er gewichtig. „Das wird wohl Deine ganze Kurze sein, Junge. Waren ja auch mal jung. Was, Hermann? Und wenn Hermann schon mal davon angefangen hat: Klaf im Gaus ist da und die Hine kennst Du jetzt ja schon lange genug.“

Heinrich Döse lies dicke Rauchwolken aus seiner Pfeife. Die Alten haben recht, sagte er sich. Was ich denken will, weiß ich nicht. Also bleib ich hier. Und wenn ich hier bleib, heirat ich. Und wenn ich schon heirat, gib's keine Bessere als die Hine.

Er schielte durch den Tabaksqualm zu ihr hinüber und ließ dabei im Geiste die kleine Schar der heiratsfähigen Mädchen, die es sonst noch auf der Insel gab, an sich vorbeimarschieren. Hine war die Geeignteste, ganz gewiß! Ein bißchen großbüchsig und allzu blond, aber das waren für alle und das hübscheste Gesicht hatte sie für sich extra. Niessen konnt sie auch, wenn sie grad ausgeleert war. Und schließlich war ja alles ganz, ganz gleichgültig!...

„Na, Heinrich?“ drängte sein Vater.

„Ja, wenn Ihr alle meint...“

Weiter kam er aber nicht. Die Ladenlür flog tragend auf und schwere stampfende Schritte näherten sich ihrem Zimmer.

„Nanu? Wer ist das denn noch?“

Proß, seine Antwort hinauschieben zu können, sprach Heinrich Döse von seinem Stuhl. Da stand schon Schiffer Eberhard vor ihnen auf der Schwelle.

In Gummimantel und Südwester, mit ganz verstärktem Gesicht. Seine ganze Kolbe Gestalt, selbst der sandubene transformatige Halsbart triefte von Wasser. Ein pfeisender Windstoß fuhr hinter ihm her, der die Hängelampe hoch aufsprangen ließ.

„Schnell die Schlüssel, Döse!“ rief er heiser.

„Ein Dampfer ist gescheitert!“

„Doh, was sagst du? Ein Dampfer? Wo?“

Nach während des Fragens nahm der Krämmer auch schon einen großen roten Schlüssel von einem Wandhafen und stülpte sich seine Otternfellmütze auf.

„Grad meinem Haus gegenüber auf die Klippen gerannt. Weiß nicht, ob wir herankommen werden. Es ist böses Wetter, aber versuchen müssen wir's.“

„Vorwärts!“ Alle waren aufgesprungen. Hine band sich die Mütze hoch und idlang ein Tuch um ihr Haar. Die andern ergriffen an Mänteln und Mägen, was sie gerade zu lassen bekamen. Dann drängten alle hinaus.

Schon vor dem Hause, das durch den Felsvorsprung der Klippe immer noch etwas geschützt war, hatten sie gegen den Wind zu kämpfen. Als sie sich aber dem Schuppen näherten, in dem das Rettungsboot lag, hob er so wütend gegen sie an, als ob er ihnen das Fleisch von den Knochen reißen wollte.

Eine Schar Männer, im Nebel kaum erkennbar, wartete schon auf sie. Und kaum waren die schweren Pfingelriemen des Schuppens aufgeschlagen, als schon ein Duzend Häufe das Augeiß fahen und in die

Hungerlöhne in der Altmark gezahlt werden. Doch gelang es auch hier, durch eine Lohnbewegung den Wochenlohn von 50 auf 60 Mk. zu erhöhen. Hauschild-Osterwieck weist die Tätigkeit des Gauleiters sehr zu schätzen. Gelang es doch mehrmals, eine Wohnverbesserung durchzubringen, so daß die Wohnverhältnisse gut zu nennen sind. Durch die einsetzende Agitation wurde auch der letzte Gehilse organisiert. Langkopf-Aischerleben berichtete über die niedrigen örtlichen Löhne vor und nach dem Kriege, dann aber dem Gauleiter seine Schuld bemessen. Schuld an diesen traurigen Zuständen wären die Arbeiter und Arbeiterinnen selber. Aischerleben ist einer der Orte, in denen der Arbeitgeber sich auch heute noch über alle Lohnforderungen hinwegsetzt. Er betont, daß der Indifferentismus der Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit für die Organisation und bei Lohnbewegungen sehr erschwere. Schwarz-Wittenberg dankte dem Gauleiter für seine opferreiche Tätigkeit im Gau während und nach dem Kriege. Er sprach über örtliche Verhältnisse und gab einen sehr guten Tarifabschluß mit der Firma Herose u. Ziemsen bekannt. — Luther konnte im Schlußwort feststellen, daß seine Tätigkeit für den Gau eine außerordentliche war. Wenn nicht alles so wäre, wie mancher Kollege es wünschte, dann könne er nur betonen, daß alle Kollegen ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen müssen. Er empfahl die organisatorische Ausbildung aller, um sie für Lohnbewegungen reif zu machen. Doch solle es auch weiter so sein, daß alle seine Kräfte der Organisation der Berufs Kollegen gehören.

Zu Punkt 2: Bericht vom Verbandstag, hielt Luther ein vorzügliches Referat. Er besprach eingehend das, was der Verbandstag an praktischer Arbeit geleistet hat. Er empfand es aber schmerzhaft, daß sich die politische Aussprache tagelang hinzog. Die Festsicherung der Arbeiterschaft durch die Politik sei leider zur Tatsache geworden. Bekämpfungswegen ständen sich gegenüber, zum Schaden der Arbeiter.

In der Diskussion nahm Hornader-Hannover das Wort, bedauerte gleichfalls, daß der Verbandstag wenig praktische Arbeit geleistet hat, ergänzte die Ausführungen Luthers und kam auf den graphischen Industrieverband zu sprechen, die Entwicklung der Berufe und deren Stellungnahme zum graphischen Industrieverband. Langkopf-Aischerleben betonte, daß nicht die Opposition hier die politische Debatte heraufbeschworen habe, sondern die Gegenpartei. Er sprach in längeren Ausführungen über die Stellung der Opposition auf dem Verbandstag, gegen die unten wiedergegebene Resolution Torgau und bezweifelte, daß die Mitgliedschaft Torgau geschlossen für diese gestimmt habe. Des weiteren streifte er die Stammsitzweise einzelner Delegierter auf dem Verbandstag und stellte fest, daß diese sich unter dem Einfluß der Gauleiter gestellt haben. Müller-Torgau begründete den Antrag und bat um Annahme der Resolution. Kollegin Wolf-Torgau erwiderte dem Kollegen Langkopf und bestätigte, daß der Antrag von der Torgauer Mitgliedschaft einstimmig angenommen wurde. Die Abstimmung ergab die Annahme der folgenden Resolution von Torgau:

„Der Gantag des Gaus 5 verurteilt entschieden die Art und Weise, mit der auf dem Verbandstag in Würzburg gearbeitet wurde insofern, als vom ersten bis zum letzten Tage in der Hauptsache nur politische Debatten erledigt wurden und dadurch die so wenig erzieherische Arbeit zum Nutzen unserer Organisation zu verzeichnen ist. Der Gantag ist der Ansicht, daß dies nur eine Vergeudung der Verbandsgelder bedeutet, die für wichtigere Angelegenheiten im Interesse des Verbandes verwendet werden müssen, und stellt daher das Ersuchen an den Zentralvorstand, in Zukunft darauf bedacht zu sein, daß in erster Linie gewerkschaftliche Interessen des Verbandes in den Vordergrund treten müssen und nicht die Politik.“

Der nächste Punkt „Reichstarif“ brachte ein ausführliches Referat des Bezirksleiters Hornader-Hannover. Er besprach die Verhältnisse in den Klein- und Großbuchbindereien und die Lohnverhältnisse in Klein- und Großstädten. Er kam des weiteren auf das Wesen des Reichstarifs zu sprechen, erläuterte den Tarif als Arbeitsvertrag im allgemeinen, die Organisation als Träger des Tarifgedankens, die Kontrahenten als Wirtschaften für den Tarif. Sodann streifte er den Vierstädtearif, die Tarifabschlüsse für Schlesien und Thüringen und kam in längeren Ausführungen auf den Entwurf des Reichstarifs für die Buchbinderei selbst zu sprechen. Eine Kraft- und Machtfrage wird es sein, den Tarif zu einem guten Abschluß zu bringen, doch sei die Zeit reif für Reichstarife. Er empfahl eine straffe Organisation selbst in den kleinsten Orten, dann würde es auch möglich sein, den Reichstarif überall durchzubringen.

Von einer Diskussion wurde abgesehen. Langkopf-Aischerleben begründete in längeren

Ausführungen einen Antrag der Bezirksstelle Aischerleben und führte aus, daß bei Abschließen von Reichstarifen auch die Löhne der Heimarbeiterrinnen in der Buchfabrikation ihre Regelung finden müssen. Diese bilden durch ihre Fernreisen bei Lohnbewegungen den Betriebsarbeiterrinnen gegenüber eine große Gefahr. Der Antrag: „Der Verbandsvorstand möge dahin wirken, daß in Zukunft bei Entwürfen und Abschließen von Reichstarifen in der Buch- und Stationenfabrikation bei Einstellungen von Heimarbeiterrinnen unserer Organisation das Mitbestimmungsrecht und, um der Kinderausbeutung in der Heimarbeit vorzubeugen, das Kontrollrecht bei Abgabe von Heimarbeit tariflich festgelegt wird“, wurde einstimmig angenommen.

Punkt 4: „Erhöhung des Gaubeitrags“, zeitigte eine ergebnisse Aussprache. Auf Antrag Osterwed wurde beschlossen, daß der Gaubeitrag vom 1. Oktober ab für männliche Einzelmittglieder 15 Pf., für weibliche 10 Pf. pro Woche getragen soll.

Es folgt Punkt 5: „Beratung der eingegangenen Anträge.“ Der Antrag Osterwed: „Die Größe des Gaus bedingt die Anstellung eines Beamten“, wurde angenommen. Ein weiterer Antrag: „Die Gauorte sind möglichst alle Vierteljahr vom Gauleiter zu besuchen“, wurde abgelehnt. Der Antrag: „Die Einzelmittglieder von Osterwed erwarten vom Gantag, daß die Unterhaltungen der Gauklasse der Zeit entsprechend erhöht werden“, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag Torgau: „Der Gantag wolle beim Verbandsvorstand dahin wirken, daß sämtliche Verwaltungen des Verbandes im Punkte Geldangelegenheiten etwas haushälterischer umgehen. Damit für etwa kommende größere Lohnkämpfe auch ein entsprechender Unterstützungsfonds zur Verfügung steht“, wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Angenommen wurde ein Antrag der Bezirksstelle Halberstadt: „Der Gantag wolle dahin wirken, daß im Gau 5 graphische Parteien gegründet werden, um dem graphischen Industrieverband näher zu kommen.“ Gleichfalls angenommen wurde der Antrag: „Bei örtlichen Verhandlungen betreffs Tarife und Feuerungszulagen ist es von großer Wichtigkeit, wenn man von dem jeweiligen Stande der Tarife und Feuerungszulagen jedes einzelnen Ortes im Gau Kenntnis hat. Wir schlagen deshalb vor, daß die Ortsverwaltungen von den Abschließen sich gegenseitig in Kenntnis setzen und bis zum 1. Oktober berichten.“ Ein weiterer Antrag, welcher besagt, daß „die Betriebe mit Gehilfen bei der Arbeitsverteilung in den Kommunen vorzuziehen werden sollen“, wird den einzelnen Orten überwiesen, da es Angelegenheit der örtlichen Gewerkschaftslokale ist.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Das rege Interesse der Teilnehmer während der Tagung zeigte, daß der Gauvortrag eine zwingende Pflicht erfüllte, als er den Gantag einberief. v. d. Reich schloß den Gantag mit einem Rückblick auf die Tagung. Es wird alles versucht werden, die Beschlüsse des Gantages in die Tat umzusetzen. Das Wand, das uns alle umschlingt, muß sich noch fester gestalten, zum Wohle unseres Verbandes.

Wittenberg. M. Schwarz.

Zum Streik in Berlin.

Demobilisierungskommissar und Schlichtungsausschuß.

Bevor der Streik in den chromolithographischen Anstalten und der photographischen Auswüchindustrie in Berlin zum Ausdruck kam, beschickte sich der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin auf Anruf der Arbeitnehmer mit der Lohnfrage. In zwei Terminen legten die Vertreter der Arbeiterschaft dar, daß diese zu äußerst niedrigen Löhnen tätig ist und nimmermehr die Gebulds- zu Hungerlöhnen weiterzufinden, verloren hat. Am 30. August wurde dann unter Vorbehalt des Landgerichtsrats Dr. Wulf vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt, welcher die männlichen Beschäftigten in zwei Lohngruppen einteilt und für diese 105 und 95 Mk. und für ungeübte Arbeiter von 18-21 Jahren 75 Mk. pro Woche festsetzt. Für weibliche Beschäftigte über 18 Jahre wurde in Lohngruppe a) 65 Mk., in Lohngruppe b) 50 Mk., und sofern diese 1 Jahr im Betrieb und unter 18 Jahren sind, 5 Mk. pro Woche weniger festgesetzt. Ungeübte Arbeiterinnen erhalten im Alter von 14-15 Jahren 25 Mk., von 15 bis 16 Jahren 30 Mk., von 16-17 Jahren 35 Mk., von 17-18 Jahren 40 Mk. und über 18 Jahre 45 Mk. Nach einjähriger Tätigkeit gelten sie als geübte in der betreffenden Gruppe.

Die Arbeitnehmer, die von dieser Lohnfestsetzung nicht befriedigt waren, nahmen aber demnach auf Anraten der Organisationsleitungen den Schiedsspruch an, die Arbeitgeber aber lehnten ihn ab.

Daraufhin legte die Arbeiterschaft am 17. September die Arbeit geschloffen nieder.

Am 18. September lud der Demobilisierungskommissar beide Parteien ein, nicht etwa, um durch Vermehrung die Unterlagen zur Verbindlichkeits-erklärung sich zu verschaffen, sondern um nach vorangegangener Konferenz mit den Arbeitgebern und Einblidnahme in eine Denkschrift, die am gleichen Abend übergeben wurde, den Arbeitnehmervertretern zu erklären, daß an eine Verbindlichkeits-erklärung bei dieser Notlage der Unternehmungen nicht gedacht werden kann und riet zur Einigung unter seiner Vermittelung. Die Arbeitervertreter, welche den Streik auf friedlich schiedlichem Wege beizulegen bereit waren, empfanden das Ergebnis des im Ausstand befindlichen. Dort wurde aber das Ergebnis der Vermittlerfähigkeit des Demobilisierungskommissars, welches nicht nur 10 Mk. für männliche und 5 Mk. für weibliche Beschäftigte weniger an Wochenlohn vorsch, sondern durch Gruppierung der männlichen und weiblichen in drei Lohnklassen eine weitere Verminderung der an und für sich schon unzureichenden Löhne empfahl, einstimmig abgelehnt. Die Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft vermittelten nochmals, aber auch das Ergebnis war dem, daß der Schiedsspruch nicht annähernd erreicht wurde. Eine weitere Verhandlung der Parteien, die anscheinend durch ein Mißverständnis der Arbeitgeber herbeigeführt wurde, zeigte daselbe Resultat. Am Streik sind 1493 Personen beteiligt, die sich auf die 4 beteiligten Organisationen verteilen. Der Schiedsspruch ist bereits von 8 Firmen anerkannt worden. Zu der Lohnfrage des Schiedspruchs werden 450 Personen beschäftigt.

Der Schiedsspruch ist unter Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse beider Parteien aufzuheben gekommen. Der Demobilisierungskommissar aber schätzt die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitgeber ungünstiger ein und mutet den Arbeitnehmern zu, unter der gegenwärtigen Teuerung sich mit so minimaler Entlohnung zufriedeln zu geben. Mit Recht wurde von der Arbeiterschaft in der Versammlung herabgeschoben, daß unter solchen Umständen die Einrichtung der Schlichtungsausschüsse und des Demobilisierungskommissars nicht die geringste Gewähr bietet, Lohnkämpfe zu vermeiden und die Arbeiterschaft das Vertrauen zu den von der Behörde geschaffenen Instanzen verliert.

Die Firma S. Wolf hat eine Anzahl Streikbrecher gefunden und sorgt für polizeiliches, ja sogar militärisches Schutz dieser mitleidigen Elemente. Vier Teilhaber der Firma lassen sich von zirka 70 Beschäftigten ernähren!

Die Reichsdruckerel in Berlin

hat von ihren über 8000 Angehörigen mehr als 2100 Mitglieder unserer Organisation in sich aufgenommen. Während ein größerer Teil der Kollegen alte Mitglieder sind, hatte der andere und fast alle Kollegen den Weg zur Organisation erst nach der Revolution gefunden. Jedoch die Stappe vom November v. J. bis jetzt ist eine gute Schule gewesen, und hat der größte Teil unserer Mitgliedschaft im Betriebe die Zeichen der Zeit erfasst. Nachdem wiederholt Arbeiterwahlen vorgenommen waren, wählte man im August einen Betriebsrat. Bis dahin bestand ein Vertrauensmännersystem. Der Betriebsrat — nach Berufsgruppen unter Berücksichtigung der politischen Richtung gewählt — ist aus je 37 Mitgliedern der beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzt, wovon unfererleits elf der Mehrheits- und zehn der unabhängigen Partei angehören. Das Mitbestimmungsrecht ist der Arbeiterschaft in allen vorkommenden Fällen auf energisches Verlangen des Arbeiterrates gegeben. Wenn versucht wird, es nicht immer eingehalten, dann trägt wohl die noch zum Teil rückständige Besetzung des Verwaltungsapparates ein gut Stück dazu bei. Es liegt in Händen der gekamten Arbeiterschaft selbst, sich ihr Recht zu suchen und zu halten. Bei der Neubesetzung des Direktorpostens, wo sonst nur Geheimräte sprächen, hatte die Stimme der Arbeiterschaft an der zehnjährigen Stelle Gehör gefunden, und so hat Mitte August ein Nachmann, Herr Helmberger, als Direktor der Reichsdruckerel sein Amt angetreten.

Der Betriebsrat hat aus sich heraus Kommissionen gebildet, je eine für Wohlfahrt, Beschwerden, Lohn und fachtechnische Angelegenheiten, in denen alle Berufsgruppen vertreten sind. Die Regelungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden stets gemeinsam ohne besondere Berücksichtigung der einzelnen Berufe und Organisationen vorgenommen, so daß die Lohnregulierung eine allgemeine Gausangelegenheit war. Erst in letzter Zeit wieder konnte allen Angehörigen ohne Unterschied des Geschlechts eine Beschaffungsbeihilfe gewährt werden. Man sieht also hier innerhalb eines Betriebes schon unter

verschiedenen Berufsgruppen gemeinsame Interessenvertretung, damit nicht eine Gruppe Vorteile erhält auf Kosten der anderen Gruppe.

Eine neue Ausarbeitung der Arbeitsordnung ist mit die notwendigste erste Arbeit des Betriebsrates. Es wird Aufgabe der Arbeiterschaft sein müssen, in den Arbeitsordnungen zu befestigen, was man im kommenden Betriebsrätegesetz nicht aufgenommen hat. Damit soll dokumentiert werden, wie sich die Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht gedacht hat. Nun alle, die ihr in der Reichsdruckerei oder im Staatsdienst steht, wagt Euer Recht. Ist es in Staatsbetrieben nicht einmal möglich, was soll dann erst unsere Kollegenschaft in privaten Betrieben sagen und tun können. Als leuchtendes Vorbild sollen wir befreit sein, unserem Nationalbetrieb als Musterbetrieb auszugestalten in produzierender Hinsicht wie auch zum Wohle der Arbeiterschaft und der Allgemeinheit. Siedelbrandl.

Und nochmals: Der neue Weg!

In Nr. 39 der „Buchbinder-Zeitung“ spricht Kollege Braunsdorf die Befürchtung aus, daß es zu einer Zersplitterung unserer Organisation kommen würde, wenn die Propaganda in revolutionärem Sinne so weiter getrieben wird als bisher. Daß die, welche in Opposition stehen gegen das Altgerbrachte, auch Funktionen in unserem Verband übernehmen müssen da, wo ihnen eine Mehrheit zur Verfügung steht, ist selbstverständlich. Wenn auch ein Teil der Verbandstagsdelegierten anders dachte, dann braucht deren Ansicht deshalb noch lange nicht Allgemeingut zu sein. Es scheint aber so, als wenn eine gewisse Seite unserer Oppositionsgegner mit dem Gedanken einer Spaltung unseres Verbandes bereits spielt. Aus den Zeilen Braunsdorfs glaube ich dies herauslesen zu können. Wenn man von dieser Seite aus es zur Spaltung treibt, so ist das nur zu bedauern. Kommt es zur Spaltung — trotzdem wir revolutionär gesinnten Kollegen uns mit Händen und Füßen dagegen stemmen —, dann soll man aber nicht nachher wieder die Opposition als die Schuldigen hinstellen.

Wir haben uns stets bemüht, mit ehrlichen Waffen zu kämpfen. Wir glauben, durch Kritik den Sozialismus in den Gewerkschaften gefördert zu haben. So sind neue Scharen der Kämpfer hinzugekommen. Vieles ist neu geschaffen worden, und — ehrlich sein —, auch durch Mitarbeit der Opposition. Wo an Bestehendem Kritik zum Wohle des Ganzen geübt wird, da ist Entwicklung, Aufstieg zum Vollkommenen. Umgestalten und den Bau vervollständigen, das war stets der Wille der Opposition. Sollte wirklich einzig und allein das Einmengen der Politik in die Gewerkschaften der Grund zur Spaltung und der Vorwand zu den Angriffen gegen uns sein? Dann muß ich nur die bedauern, die sich in die veränderte Form unserer politischen und wirtschaftlichen Lage, in eine revolutionäre, mit Bündnissen jeder Art geschwängerte Zeit, nicht hineinfinden können. An jeder Arbeitsstätte oder wo es sonst auch sei, wird die wirtschaftliche und politische Lage in Arbeiterkreisen immer miteinander verquickelt und beiprochen. Beides ist auch gar nicht voneinander zu trennen. Spricht man über hohe Steuern, hohe Lebensmittelpreise und nicht ausreichende Löhne, wie auch über Kleidung, Wohnung und sonstige Lebensbedürfnisse, dann gibt man zu, daß die politischen und sozialen Verhältnisse das A und O des ganzen Seins bedeuten. Neben der Steuerfrage erörtert man die Maßnahmen der Regierung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage, bespricht die Knebelung der Pressefreiheit, Schulkraft, Wiedereinführung und Kosten des Militarismus u. a. m. Alles dies sind nicht voneinander zu trennende Verbrüderungspunkte. Daß sich die Diskussion der Arbeitskollegen auch in den Gewerkschaftsversammlungen fortspinnend, ist logisch.

Wer da sagt, daß Parteistragen nichts mit Gewerkschaftsfragen zu tun haben, der lese einmal die Protokolle früherer Gewerkschaftstages und Parteitage nach. Da findet er, daß allebekannte Partei- und Gewerkschaftsführer stets für die Zusammenarbeit beider Organisationen eintraten. Nur nebenbei erwähnt sei, daß die Sozialdemokratische Partei die politische und die Gewerkschaften die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse sind. Aus tatsächlichen Gründen vermieden es aber die Führer, für den Zusammenschluß beider Organisationen einzutreten, um diese nicht in die Nähe des Vereinsgesetzes zu verfrachten. Die Gewerkschaften der Auflösung durch die Behörden auszuliefern, wäre ein großer Rückschlag für die Arbeiterklasse gewesen. Diese Schranken des Gesetzes sind aber heute gefallen. Warum deshalb jetzt noch das Versteckspielen? Die Angelegenheiten des Staates haben Interesse für den Arbeiter, da er zu den Kosten desselben beiträgt. Diese Kosten berühren die wirtschaft-

liche Lage des Arbeiters, folglich befassen sich auch die Gewerkschaften damit.

Es darf für freie Arbeiter kein Grund sein, wegen Verschmelzung der politischen mit den wirtschaftlichen Dingen die Organisation zersplittern oder sprengen zu wollen. So leicht werden wir oppositionellen Kollegen nicht sein. Es ist abstrakt, tiefen Gedanken zu verbreiten. Von innen heraus wollen wir die Organisation umgestalten in revolutionärem Sinne. Muß man sich denn fort und fort an die strengen Glaubenssätze alteingesessener Gewerkschaftsbureaufkeiten halten? Wenn die Opposition die alte Organisationsform für den noch zu bewältigenden Kampf umgestalten und zu vertiefen strebt, eine Maßnahme, die schneller zum Sozialismus führt, kann das als Zersplitterung gelten? Wir sagen: Nein! Es ist nur ein neuer Weg, der in einer neuen Zeit beschritten werden muß. Wir wollen keine Arbeitsgemeinschaft, wie sie uns so warm von führenden Gewerkschaftskreisen empfohlen wird. Meine Arbeitsgemeinschaft mit denen, die aus Profitinteresse ein soziales Empfinden für die Daseinsorgen des arbeitenden Volkes vortäuschen. Wir wollen die Arbeitsgemeinschaft der gesamten wirtschaftlichen Bevölkerung!

Warum setzen wir uns mit aller Leidenschaft für die Einführung des revolutionären Rätesystems ein? Weil wir darin die Arbeitsgemeinschaft des arbeitenden Volkes sehen, den Weg zum Sozialismus. Das Rätesystem ist das wirkliche Kampfmittel gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, die doch alle ehrlichen Sozialisten befechtigen wollen. Gätten unsere im rechtssozialistischen Lager stehenden Kollegen wirklich revolutionäres Empfinden, dann würden sie schon längst den neuen Weg mit uns gehen; dann ließen alle politischen Debatten in unseren Versammlungen in ruhigen Bahnen, statt dessen wird das Neue, Ungeheure mit allen Mitteln bekämpft. Es ist das Neue nun einmal da und läßt sich in seinem Lauf trotz aller Hindernisse nicht mehr befechtigen. Die Opposition wird helfen, dem Neuen die Wege zu ebnen. Unsere Hoffnung ist, daß die gesamte Kollegenschaft und darüber hinaus das ganze arbeitende Volk sich mit dem Wesen des revolutionären Rätesystems vertraut macht und es begreifen lernt. Und wenn jeder einzelne den Befehlern dazu findet, dann ist der Aufstieg zu neuer besseren Lebensformen gegeben, dann wird Gerechtigkeit Macht! Wir glauben, daß unsere Aufklärungsarbeit bis in die kleinsten Winkel des Reiches dringt. Die Kollegenschaft von unserer ehrlichen Arbeit für die Gesamtheit zu überzeugen und für unsere Ideale zu begeistern suchen, das ist unser Streben!

Wer unsere Berliner Verbandsversammlungen in letzter Zeit besuchte, wurde von der rechten Seite unserer Kollegen in dem Glauben verfehlt, als hätte sich in den Reihen der Opposition alles zusammengegerumelt, was das Licht zu scheuen hätte. Man sprach von Reaktionen, Novembersozialisten u. a. m., die sich nur als Maulhelden aufschwangen, um „was zu werden“. Sogar die Provinzkollegenschaft verschont man nicht mit diesen Vorwürfen. Ist es übrigens eine Schande, wenn neu eingetretene Mitglieder — sogenannte Novembersozialisten — sich in den Dienst der Organisation stellen? Oder ist es nur dann verpönt, wenn sie im oppositionellen Sinne wirken? Es ist aber nicht an dem, daß die Opposition nur aus neu eingetretenen Verbandskollegen besteht. Rangfähige und ältere, der Berliner Kollegenschaft bekannte Mitglieder sind es, die den größten Teil der Opposition bilden. Diesen kann man keine unmöglichen Motive unterstellen, für die sie als Wortführer der Opposition sich aufschwangen. Schuld an den scharfen Auseinandersetzungen in den Versammlungen sind die, denen jedes Mittel recht ist zum Kampfe gegen revolutionär gesinnte Kreise. Schuld sind sie auch daran, daß der Geist des revolutionären Klassenkampfes nicht mehr die Köpfe unserer Kollegenschaft belebt. Sie sind es auch, die Schuld daran tragen, daß die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse vom Ausbeutertum nicht den Fortschritt macht, der jedem ehrlich überzeugten Sozialisten vornehmend und Herzensbedürfnis ist.

Zurück zum reinen unwissenschaftlichen Sozialismus rufen wir Euch zu. Ihr Kollegen im Reich, und Euch, die Ihr unseren Ideen entfremdet seid! Uns ist der Sozialismus, den uns unsere Vorämpfer Marx, Engels und Bebel gelehrt haben, Glaubensbekenntnis. Wie sagt Bebel in seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“: „Die sozialistische Gesellschaft bildet sich nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen.“ Es muß uns ein Ansporn sein, in diesem Sinne zu wirken!

Mit Sturmeseile drängt die Zeit zum Sozialismus. Es muß heiligste Pflicht aller Berufsangehörigen sein, für den wahren Sozialismus sich zu betätigen. Darum ist es dringend notwendig für

jeden einzelnen, sich das nötige Wissen über den Sozialismus anzueignen und die Kampfmittel kennenzulernen, die zum schnelleren Ziele führen.

Beherztig deshalb die Mahnung: Prüft selbst und erlernt den neuen Weg!

Berlin - Südende. W. Schneeweis.

Augen auf!

Diesen kategorischen Mahnruf richtet Kollege Braunsdorf in seiner „Der neue Weg“ überschriebenen Notiz an den Verbandsvorstand. Den Anlaß zu dieser in nichts zu rechtfertigenden Auforderung gibt ihm ein sogenanntes Flugblatt eines Propagandaausschusses unter meiner Führung. Zur besseren Orientierung will ich ihm jedoch verkünden, daß sich in Berlin innerhalb unserer Organisation eine Propagandakommission der revolutionären Betriebsräte gebildet hat, die nach Bedarf gedruckte Mitteilungen erscheinen läßt. So war es Nr. 1 der „Mitteilungen“, die es mit ihrem Inhalt ihm gelangen hat. Wäre jedoch Braunsdorf näher auf die Verhältnisse in Berlin eingegangen, was zur Verurteilung durch die Kollegenschaft im Reich notwendig gewesen wäre, so hätte sein Vorwurf nicht mit solchem Pathos ausfallen können.

Der Zorn erdeint mir denn auch ein anderer. Was bewegt den Kollegen Braunsdorf, seinen Appell gleich an den Verbandsvorstand zu richten? Wagt er der gegenwärtig überaus starken robotischen Bewegung unter den Mitgliedern Einhalt gebieten zu können, daß man die führenden Personen mit Hilfe des § 16 des Statuts zu befechtigen gedenkt? Es liegt mir fern, Braunsdorf ein derartiges Motiv zu unterstellen. Immerhin kann ich ihm veraten, daß man in seinen Kreisen mit solchem Feuer spielt. Sind doch in diesen seinen Kreisen Anbetungen gemacht worden, daß man — falls man der Bewegung doch nicht mehr Herr werden könne — nach einem bestimmten Rezept zu verfahren gedenke: Zwingen wir auch nicht, dann sprengen wir die Organisation. Insofern erhebt der Mahnruf an die Kollegenschaft gerechtfertigt, wenn man ihnen zuruft: „Augen auf!“

Berlin. Paul Herzog.

Ein Gebot der Stunde.

„Kampforganisation im Sinne der proletarischen Befreiungsidee“, das ist der Ruf, den man jetzt so oft auch in unserer Gewerkschaft vernehmen. Wie steht es aber darum, diesen Charakter zu wahren ohne das politische Moment zu berühren? Was ist heute bei vielen Menschen Politik? Kommt man darauf zu sprechen, so betrachten es die meisten als den Zankapfel. Was unterschiedet uns denn immer von anderen Gewerkschaftsrichtungen, warum nannten wir uns freie Gewerkschaften? Doch wohl nur, weil wir uns an eine politische Richtung anlehnten — und diese ist bei uns Sozialismus. Sehen wir uns die politischen Arbeiterparteien an, zersplittert in viele Teile ist das Proletariat und alle wollen das gleiche Ziel. Warum muß diese Zersplitterung sein, soll sie auch in den Gewerkschaften stattfinden? Nein, es darf nicht werden! Aber wie wollen wir es verhindern, was ist zu tun? Ich halte es vollständig berechtigt, wenn man immer ruft: „Weg mit der Politik in der Gewerkschaft.“ Glauben wir nicht, man könnte durch Vogel-Strauß-Taktik die Ereignisse der Zeit taub machen, indem wir einfach dieses brennende Moment nicht berühren wollen. Heran an den Brennpunkt, ausgesprochen und eine Einigung versucht, das ist das Gebot der Stunde! In diesem Sinne meine Zeilen.

Betrachten wir ganz objektiv die Lage. Vor großen Kämpfen steht das Proletariat. Ich will hier nicht erwähnen, wer schuld ist, daß der Kapitalismus heute frecher denn je sein Haupt erhebt und doch damals im November 1918 stürzend vor der Mäde der Betroffenen am Boden lag. Ich will vergessen, wer ihn wieder aufgezogen hat, ich will mich nur mit der gegenwärtigen Tatsache beschäftigen und will die Zukunft besser gestalten helfen. Wir müssen uns emigern und eine geschlossene Phalanx herstellen, nur so können wir den kommenden Dingen entgegenzutreten und werden auch siegen. Persönliche Hoffereien müssen wegfallen, unsere ganze Kraft und unser ganzes Wollen müssen wir auf Sachlichkeit konzentrieren. Im reinsten Sinne also Kampforganisation, im Ziele Emigration des Proletariats. Geraden Wegs dem Ziele zu, weg mit allen Halbheiten, weg mit Kompromiss- und Opportunitätsgeist. Was nützen uns alle schönen Vorschläge, ganz gleich welcher Höhe, wenn sie der Unternehmer wieder in die produzierte Ware hineinstülft und im letzten Endes doch nur breite Massen des arbeitenden Volkes die Konsumenten sind. Lebensmittel und alle Bedarfsartikel steigen enorm in Preise, Lohnforderungen der Arbeiter sind die Folge. Wieder steigen alle Bedarfsartikel, da der Wucher und die Profitgier nicht unter-

Adressenverzeichnis.

Adresse des Verbandes:

E. Hauelsen, Vorsitzender, Fr. Lender, Kassierer, beide Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Adresse der Redaktion der 'Buchbinder-Zeitung': E. Michaelis, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Adresse des Verbandsauschusses:

J. Otto, Leipzig-Thonberg, Wafastr. 24.

Adresse des Tarifamtes:

R. Deiche, Gehilfenvorsitzender, Leipzig, Tauchaerstr. 19/21 II.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer (in einzelnen Fällen auch Unterstufungsausgäher).

Jeder an einem Orte zureisende Kollege hat sich an eine der angegebenen Adressen zu wenden und dort nähere Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen.

- Bay 1/3. Gau 2. Gau 4. Gau 5. Gau 6/7. Gau 8. Gau 9. Gau 10. Gau 11/13. Gau 12. Gau 14/15. Gau 16. Gau 17.
Nachen. Altenburg. Annaberg i. S. Arnstadt. Aue i. Ergold. Augsburg. Barmen-Elberfeld. Berlin. Bernau i. Bl. Bielefeld. Bochum. Bonn. Brandenburg. Braunschweig. Bremen. Breslau. Brieg. Bromberg.

- Danzig. Darmstadt. Dessau. Detmold. Dortmund. Dresden. Duisburg-Ruhrort. Dülmen. Düren (Rht.). Düsseldorf. Ebersbach-Neugersdorf. Eisenach. Eilenberg. Erfurt. Erlangen. Essen (Muhl.). Flensburg. Frankfurt (Oder). Frankfurt (Main). Freiburg i. B. Gera (Neuh.). Gießen-Wehlar. Glanau i. Sa. Glogau. Göppingen. Görtz. Götting. Gotha. Göttingen. Goldberg. Gräfenthal. Grimma. Grünstadt. Gummersbach-Ründeroth.

- Hagen i. W. Hainichen. Halberstadt. Halle (Saale). Hamburg-Altona. Hanau. Hannover. Heidelberg. Heilbrunn. Hilbersheim. Hirschberg. Jena. Jümenau i. Th. Karlsruhe i. B. Kassel. Kaufbeuren. Kiel. Kirchheim-Teck. Koblenz. Köln a. Rh. Künigsberg i. Pr. Kankanz. Kottbus. Krefeld. Lahr i. P. Langensalza i. Th. Leipzig. Liegnitz. Limbach i. S. Ludenwalde. Lübeck. Lüdenscheid. Magdeburg. Mainz. Mannheim-Ludwigshafen. Meissen i. Sa. Minden i. Westfalen. Mühlhausen i. Thür. Mühlheim (Muhl.).

München. Verbandsbureau: Baaderstr. 21, Mittelbau I, Fernsprecher 21 404.
Neheim a. d. Ruhr. B. T. Hens, Jun Dht 89, K. F. Höllner, Kartstr. 27.
Neuwied. B. H. Hasselbach, Kirchstr. 24, K. Fr. Sanner, Zunftstr. 4 d.
Nürnberg-Fürth. Verbandsbureau Breite Gasse 25-27, Mittelbau III, Zimmer 24, Fernsprecher 8236.
Oberwiesenthal. B. Georg Rabenstein, Bergstr. 102, K. Gerhard Rabenstein, Braubausstraße 188.
Oldenburg. B. Th. Heile, Schloßstr. 17, K. A. Heintz, Viehmstr. 20.
Pforzheim. B. Fr. V. Mann, Schulz-Deitsch-Str. 18, K. W. Rathfelder, Deubelstr. 1.
Plauen i. Vogtl. B. D. Dallwener, Jägerstr. 30 III, K. W. Schaufel, Johannstr. 112 III.
Rosen. B. u. K. A. Seymannsh, Schützenstr. 24 IV, Potsdam-Rosawas. B. E. Gemming, Rosawas, Grenzstraße 8 III, K. A. Michael, Potsdam, Waisenstraße 69.
Sachsen i. Sa. B.
K.
Nathenow. B. G. Frische, Gr. Dagenstr. 10 II, K. S. Dalge, M. Dagenstr. 28 II.
Nürnberg. B. W. Eitlinger, Kallmünzergasse 9, K. E. Wöhl, Stadtkamp, Wasserstr. 78 1/2.
Reimscheid. B. A. Zug, Rippdorferstr. 88, K. R. Stadler, Peterstr. 37.
Reutlingen. B. D. Böhm, Katharinenstr. 28 III, K. Chr. Witterling, Mauerstr. 41 I.
Rostock (Mecklg.). B. S. Witt, Waldemarstr. 21 III, K. P. Rohde, Marienstr. 43 III.

Mudosstabt. B. u. K. G. Wechsung, Saalgärten 1.
Nästringen-Wilhelmsbad. B. A. Korting, Wilhelmshaven, Marktstr. 61, K. G. Bonenkamp, Nästringen II, Mühlstr. 24.
Najsa. B. E. Dittmar, Vardenhauerstr. 6, K. A. Bauer, Altensteiner Str. 9.
Saalfeld. B. P. Feing, Bernhardtstr. 12 c III, K. E. Strauß, Fingerstein 20 pt.
Saarbrücken. B. P. Kieß, Saarbrücken 3, Richard-Wagner-Str. 31 a pt, K. E. Gerber, Saarbrücken 3, Dubweiler Straße 12 II.
Schleiz (Sachsl.). B. O. Scherf, Hofer Straße, K. S. Jud, Am Kastanienbaum 2.
Schweinfurt. B. u. K. F. Radelmann, Bauerngasse 79 II.
Schwerin. B. G. Rudentz, Willenburger Str. 97, K. E. Niebuhr, Jägerstr. 14 I.
Solingen. B. P. Höhrig, Feldstr. 5, K. A. Schumacher, Kronprinzenstr. 70 d.
Sonneberg i. Thür. B. G. Greling, Bernhardtstr. 48, K. A. Wülfner, Salzbrunnen 11.
Stettin. B. G. Rentner, Vogelkloster 25, K. G. Weiser, Friedenstr. 6 III.
Striegau. B. F. Alder, Güntherstr. 34, K. Emma Schneider, Gräbenstr. 2.
Stuttgart. Verbandsbureau: Holzstraße 10 I, Fernsprecher 10 181.
Tüft. B. Fr. Barlowitz, Blauschwaren 5, Tüft, K. Fr. Goepfart, Mollstr. 20.
Trier. B. E. Schurer, Palaststraße 12, K. J. Weyer, Ludwigstr. 10.
Trossingen. B. Ch. Strom, Wohnengasse 2, K. S. Irton, Höfenstr. 89.

Zettlingen i. Württg. B. A. Jähle, Biomadstr. 52 I, K. G. Engelmann, Wilhelmstr. Nr. 87 pt.
Ulm a. Donau. B. E. Weber, Vestererstr. 26 II, K. A. Wagner, Sammlungsgasse 8.
Vierfen-Obbad. B. M. Haufer, Vierfen, Hoferkirchweg 18 a, K. J. Rieth, Vierfen, M. Wuchstr. 6.
Weimar. B. P. Busch, Schillinggasse 6 III I, K. P. Hasch, Schröderstr. 20 III.
Wesel. B. E. Nummer, Senoer Straße 9 I, K. J. Blumenfaat, Niederstraße 89.
Weißfels a. Saale. B. D. Mauke, Burgwerben 102 pt, K. A. Emmerich, Weinbergstr. 18 II.
Wiesbaden. B. G. Kraft, Rüdesheimer Str. 18, K. J. Storf, Nibelstr. 13.
Wiesdorf. B. u. K. F. Schmidt, Weidigenstr. 9.
Wismar i. M. B. A. Ziemann, Wötkerstr. 13 II, K. W. Wanger, Weichowweg.
Wittenberg, Bez. Halle. B. M. Schwarz, Kurfürstenstraße 21 pt, K. D. Trabis, Coswiger Straße 20 II.
Würzburg. B. A. Hein, Eßtergasse 5 I, K. S. Gög, Dibrastr. 21 I.
Würzen i. Sa. B. Fr. Kauer, Postgasse 11, K. Helene Haase, Körnerstr. 6 pt.
Zeitz. B. und K. D. Rodt, Bismarckstr. 21 II.
Zittau i. Sa. B. und K. S. Sproß, Neustadt 41 pt.
Zwickau i. Sa. B. W. Wegold, Roonstr. 1 III, K. A. Scheller, Auf. Leipziger Str. 45 III.

hunden wird. Wieder fordern die Arbeiter noch höhere Löhne und so geht die Schraube ohne Ende. Das Unlustgefühl zur Arbeit steigt, als daß es fallen sollte. Was nützt es, wenn wir all die Güterbesitzer wegoperieren, an anderen Stellen ja noch schlimmer treten sie wieder auf. Arbeit ist nötig, heran an die Wurzel des Übels. Das Amt der Gesellschaftsordnung, welches durch und durch mit egoistischer Profitgier infiziert ist, muß gereinigt werden. Ich ziele auf den Sozialisierungsgebanten hin. In der kapitalistischen Wirtschaftsmethode liegt der Grund und die Wurzel des Übels. Der Krieg, alle Kriege sind Folgen der verkehrten Ordnung. Nur Umstellung dieser Verhältnisse vor noch größeren Übeln als wir schon haben, nur dann erleben wir ein Aufsteigen aus dem wirtschaftlichen Chaos von heute. Darum weg mit profitorientierter, privatrechtlicher Wirtschaftsverordnung, her mit der Volkswirtschaftsmethode im Sinne des Allgemeinwohl. Kommt alle, reichten wir uns die Hände zu diesem edlen Werke und gehen wir geschlossen direkt, ohne Umwege, dem Ziele entgegen — der Sieg wird unser sein. Als Gewerkschaftsmitglieder wollen wir erheben über alle Parteigruppierungen stehen. Auch für uns als Gewerkschaft gilt die Devise Marx': „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" — „Deres bedingt aber erst „Proletarier Deutschlands einigt Euch!"
 Dresden. Arno Donath.

Berichte.

Vohum. Hier kam es am 3. Oktober zu einer Vereinbarung mit der Buchdruckerinnung und dem Verein Vohumer Buchdruckerbesitzer. Letztere erkennen nunmehr auch den mit der Innung vereinbarten Tarif vom Mai dieses Jahres an. Einzelliche Gesellen entzogen am 1. Oktober auf die in diesem Tarif vorgesehenen Löhne und Teuerungszulagen eine neue Zulage von 12 Ml. die Woche. Die Arbeiterinnen erhalten den Tarif der Buchdruckerbesitzer und -gesellen, so daß auch ihnen neue Lohnsteigerungen zuteil werden. Wir gingen gemeinsam mit dem Buchdrucker-Gesellenverband vor, und wählten die beiden Kommissare an den Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Die Innung führt Klage über die im Strassburgerverein tätigen Buchbinder, die neben ihrer schuldigen Arbeitszeit zu Hause sesshaft sind und unehrliche Konkurrenz machen. Unsere Forderung wird gemeinsam mit der Innung diesen Übelstand zu beseitigen suchen.

Gremis. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung am 1. Oktober beschäftigte sich mit den Antworten der Unternehmer auf unsere Lohnforderungen. Pfäfe erstattete zuerst Bericht über die Arbeiten der Tarifkommission, die in Leipzig zur Bearbeitung eines Reichstags zusammengetreten waren. Anschließend hieran verlas er die Zuschriften der hiesigen Unternehmerorganisation, welche die Arbeiterschaft durchaus nicht bestreiden können.

5 Proz. Aufbesserung auf die bestehenden Löhne werden ab 1. Oktober zugestimmt. Das ist bei den jetzigen Lebensmittelpreisen und unseren niedrigen Löhnen ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Gründe, die die Unternehmer angeben, höhere Löhne nicht zahlen zu können, kann die Arbeiterschaft nicht als stichhaltig anerkennen. Ein Antrag der Vertrauenspersonenschaft vom 27. September, welcher betagte, die Heberarbeit zu verweigern, fand Aufnahme. Wegen der Heberarbeit, die in einigen größeren Betrieben ausgeübt wird, wobei Kinder beschäftigt werden sollen, erhält die Verbandsleitung den Auftrag, diese Fälle zu untersuchen. Die Versammlung beschloß, von unseren Forderungen nicht abzuweichen und einen Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses herbeizuführen und bei einem Schiedsgericht durch Arbeitsüberlegung unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Nachdem der Referent noch zur Treue zum Verband trotz Erhöhung der Beiträge mahnte, fand die Versammlung einen würdigen Abschluß.

Frankfurt a. M. Mit dem 1. Oktober sind folgende neue Teuerungszulagen gewährt: Buchbinder 12 Ml., Hilfsarbeiter 4 bis 10 Ml., gelübte Arbeiterinnen unter 18 Jahren 5 Ml., über 18 Jahre 8 Ml., angeübte Arbeiterinnen 3 und 4 Ml., so daß nunmehr folgende Mindestlöhne gelten: Ausgeübte Buchbinder 88 Ml., jährlich steigend, so daß im jüngsten Gehaltsjahr 102 Ml. und Beherloste 105 Ml. erhalten. Hilfsarbeiter bis 18 Jahren 86,50 Ml., bis 20 Jahre 77,15 Ml., über 20 Jahre 87,15 Ml., langgeübte Arbeiterinnen unter 18 Jahren 62 Ml., über 18 Jahre 68 Ml., gelübte Arbeiterinnen unter 18 Jahre 56,50 Ml., über 18 Jahre 64,50 Ml. Die Heberstunden werden in der gleichen Weise wie bei den Buchdruckern erschädigt, einschließlich 3 Ml. Anreizgeld bei Sonntagarbeit. Wir erziehen nunmehr alle Mitglieder, darauf zu achten, daß diese Sätze in allen Firmen eingehalten bzw. jeder einzelne Fall der Nichtinhaltung sofort dem Verbandsbureau mitgeteilt wird. Das trifft besonders auch bei den Sägen der ungelübten Arbeiterinnen zu.

Köln. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung aller Branchen tagte am 28. September und nahm einstimmig Stellung zum Lohnangebot der drei Arbeitgebergruppen. Gefordert war eine 20proz. Teuerungszulage für alle Berufsangehörigen. Der Deutsche Buchdruckerverein Köln und die Kölnener Buchdruckerbesitzer haben nur an, für die Buchbindergehilfen ab 1. Oktober 12 Ml. pro Woche Teuerungszulage. Das übrige Buchbinder-Gehilfenpersonal war in dem Schreiben der Arbeitgeber nicht erwähnt, obgleich unsere Forderungen für alle Berufsangehörigen eingereicht worden waren. Die Kartonnagenfabrikanten verhielten sich anfangs überhaupt ablehnend. Durch Schreiben vom 23. September boten die Herren für Hilfsarbeiter 8 Ml. Lohnsteigerung wöchentlich, für Hilfsarbeiter über 16 Jahre pro Woche 5 Ml. Zulage. An die große Zahl Arbeiterinnen, die den Hauptteil des Personals der Kartonnagenfabriken bilden, haben die Herren überhaupt nicht gedacht. Diese sollen in

der heutigen schweren Zeit leer ausgehen und sich mit dem ohnehin schon langen Lohn begnügen.

Die Aussprache war recht lebhaft und scharf. Verschiedene Redner forderten einmütigen Zusammenhalt. Sie erwarteten von den Arbeitgebern noch einmalige Verhandlungen, die auch dem geplanten Buchbinder- und Kartonnagenpersonal entsprechen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung aller Branchen hat eingehend zu dem Lohnangebot der betreffenden Arbeitgebergruppen Stellung genommen und beurteilt das geringe Entgeltangebot der Arbeitgeber. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, nochmals mit den Arbeitgebern zu verhandeln, um den Forderungen aller Mitglieder gerecht zu werden. Einmalige Ueberbrennungsleistungen in der Kartonnagenbranche sind bis zur Erzielung unserer Forderungen zu verweigern.“

Eine weitere ausgedehnte Debatte betraf den jetzt noch laufenden Buchbinderstreik, der bezüglich der Grundlöhne unklar sei. Er habe dadurch bei verschiedenen Firmen Differenzen gebracht. Um Klarheit zu bringen, wurde die Ortsverwaltung beauftragt, sich mit dem Buchdruckerverein und mit dem Verein Kölnener Buchdruckerbesitzer in Verbindung zu setzen. Der Kartonnagenstreik soll am 1. Oktober gelindert werden, er läuft dann noch bis 31. Dezember 1910.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen in Buchbinderereien und Kartonnagenfabriken richten wir den dringenden Appell, einig und geschlossen im Buchbinderverband zusammenzutreten. Jetzt schon sind unsere Arbeitgeber unseren Forderungen abgeneigt. Die Einführung unserer Reichstags wird auch in Köln bei diesen Herren Widerstand finden. Diesen zu brechen und volle Anerkennung unserer Organisationskraft zu erreichen wird uns nur dann gelingen, wenn auch der letzte Beständige unserer Branchen dem Deutschen Buchbinderverband angehört.

Hödel. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich am 2. Oktober mit den Änderungsanträgen der Innung der Buchdruckerbesitzer zu unserem Tarif. Menndler gab folgenden Bericht: Am 20. September hatten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Innung der Buchdruckerbesitzer und unserer Forderung stattgefunden. Die Verhandlungen führten zu einem zufriedenstellenden Ergebnis. Vereinstatt war eine Erhöhung der Gehilfenlöhne um 7—12 Ml., der Löhne für Arbeiterinnen um 2,50—5 Ml., Ferien für Gehilfen und Arbeiterinnen von 5—12 Tagen und andere Verbesserungen gegenüber dem alten Tarif. Mehr Tage später erhielten wir dann ganz unerwartet einige Anträge, die eine wesentliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeuteten. In der Diskussion wurde dieses Gebaren der Arbeitgeber ganz entschieden verurteilt und abgelehnt und eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Sie lehnt diese Vorschläge ganz entschieden ab und beauftragt die Tarifkommission, die bisher gemachten Angehörigen zurückzugeben und den Tarif sofort dem Schlichtungsausschuss zur Entscheidung zu überweisen.

Stade. Endlich raffen sich die Kollegen auf und melken sich, daß sie da sind. Würden doch hier Löhne bezahlt, die jeder Befehrerung spotten, so noch bis Juni Löhne von 88 bis 60 Mf. Im Juni wurden die ersten Forderungen eingereicht, bei denen eine wöchentliche Erhöhung des Lohnes um 12 bis 17 Mf. erzielt werden konnte. Trotz der Erhöhung war es nicht möglich, mit diesem Lohn auszukommen. So reichten wir jetzt neue Forderungen ein. Daiten wir geplant, daß die Kringspale um einen Tarif anerkennen werden, so hatten wir uns getäuscht. Sieht doch der Tarif Löhne vor von 60, 69, 76 und 83 Mf., die wir haben müssen, um in der teuren Beamtenstadt Stade Leben zu können. Trotzdem Kollege Brunnow-Damburg mit den Meistern verhandelte, konnte nichts erreicht werden. Wir wenden uns jetzt an die Zwangsinnung nach Gesehmanne und sollte das ebenfalls nichts fruchten, dann sind wir gezwungen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Wovon sollen die Kollegen leben, die vier Jahre Gehilfe sind und 55 Mf. erhalten? Wir glaubten, daß uns die Innung mitteilen würde, wie man mit diesem horrenden Lohn auskommen kann. Brunnow erstattete dann Bericht vom Verbandstage, indem er uns erklärte, daß man mit dessen Arbeiten nicht auskommen kann. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder von Stade sind mit dem Ergebnis des Verbandstages nicht zufrieden. Sie beurteilen es auf das allerentschiedenste, daß aus dem Verbandstag ein Parteitag gemacht worden ist. Mit der Stellungnahme des Delegierten Koberg-Vremen sind die Kollegen von Stade nicht zufrieden und legen ganz energisch Protest dagegen ein, da er sich mit der Opposition verbunden hat und dadurch die Interessen der Einzelmitglieder und der kleinen Zahlstellen schwer geschädigt hat. Unserem auscheidenden ersten Vorstandsvorsitzenden noch sprechen wir unseren besten Dank aus.“

Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten wurde unsere erste Versammlung geschlossen.

Rundschau.

X Frauenkraft und Frauenarbeit. Die von den Frauen im heutigen Wirtschaftsleben geleistete Arbeit steht in keinem Verhältnis zur Frauenkraft; die Frauen werden durch die Arbeit viel zu sehr angestrengt. Zu diesem Resultat kommt der kürzlich erschienene Bericht der württembergischen Gewerbeaufsicht. Nach deren Ansicht haben die außergewöhnlichen Anforderungen an ihre Arbeitsleistung auf die Gesundheit vieler Frauen einen nachteiligen Einfluß ausgeübt. „Häufiges Fehlen der Arbeiterinnen infolge Krankheit“, so heißt es, „und häufiger Wechsel derselben wurde namentlich in solchen Betrieben beobachtet, in denen Tag- und Nachtschicht gearbeitet wurde. Als Ursache wurde genannt: zu wenig Schlaf bei Tage nach der Nachtschicht, zu langes Aufbleiben abends, die Unterernährung im allgemeinen, selbst bei Gewährung der Lebensmittelzulagen usw. Die Folge war dann, daß die Leistungen der Arbeiterinnen, namentlich in der zweiten Hälfte der Nachtschicht, infolge Uebermüdung stark nachließen. Dabei waren für viele Arbeiterinnen außer der reinen Arbeitszeit noch weite Wege zu Fuß oder mit der Bahn zu rechnen. Weiter kam hinzu, daß besonders von den verheirateten Frauen nach Verlassen der gewerblichen Arbeit noch häusliche Arbeiten zu verrichten waren, so daß manchen als Ruhezeit nur wenige Stunden übrig blieben.“ — Und wie die Verhältnisse in Württemberg liegen, so sind sie auch im übrigen Deutschland. Wenn irgend jemand, dann haben die Frauen alle Ursache, mit uns im gewerkschaftlichen Kampfe für eine soziale Regelung einzutreten.

X Konsumvereine und wirtschaftliche Neuordnung. Die kommende Zeit wird auch in der Warenverteilung neue Verhältnisse schaffen. Welche Richtung sie nehmen werden, ist heute noch völlig unklar; jedenfalls müssen sie aber in der Richtung der Genossenschaftsform liegen, wenn sie praktisch durchführbar sein sollen. Die Konsumgenossenschaften bilden bereits ein weitgehend durchgeführtes System der Sozialisierung, vor dessen Störung durch

Eingriffsversuchselüste allenfallsige Verbesserungsbestrebungen ernstlich zu warnen sind. Auf die gewaltigen Anforderungen, die die Neuordnung der Verhältnisse stellt, werden sich die Konsumgenossenschaften, die hierfür stets den richtigen Maß gebot haben, rechtzeitig einzustellen wissen. Sie erhoffen von den berufenen Stellen eine richtige Einschätzung ihrer wichtigen Stellung im Volksstaat und eine Förderung ihres uneigennütigen, nur auf das Wohl der gesamten, besonders aber der werktätigen Bevölkerung gerichteten Bestrebens. Diese Rücksichtnahme wird sich den Regierenden um so mehr nahelegen, als den nun einmal im Zuge unserer Zeit liegenden Bucherbestrebungen nur dann ein wirksamer Damm entgegengekehrt werden kann, wenn weitverzweigte Organisationen vorhanden sind, die diesen Bestrebungen entgegenwirken, und dies sind die Konsumvereine von jeher gewesen.“ Diese kräftigen, aber auch sehr wahren Worte sind dem Geschäftsbericht eines großen süddeutschen Konsumvereins entnommen. Die Worte sind eine Mahnung an alle, die es angeht. Die Konsumvereine verlangen nicht irgendeine Bevorzugung, sondern „die richtige Einschätzung ihrer wichtigen Stellung“, an der es bisher leider oft genug gefehlt hat.

Bei dem Wiederaufbau in Frankreich durch deutsche Arbeiter ist die Mitwirkung von Ärzten von großer Bedeutung. Um den Arbeitern diese ärztliche Mitwirkung zu sichern, hat jetzt eine Fühlungnahme zwischen Ärzten und Wasserfallkommissionen stattgefunden. Ärzte verschiedener Gruppen wollen Vorschläge ausarbeiten für die Art und Ausführung des Gesundheitsdienstes. An der Ausarbeitung beteiligen sich Vertreter des ärztlichen Hilfspersonals und vor allem derer, auf die sich der Gesundheitsdienst bezieht, der Gewerkschaften und Vereinigungen von Kriegsbeschädigten.

Briefkasten.

F. R. in G. Diese Nummer kommt erst zu Beginn des neuen Jahres. — P. G. in G. Papier nur auf einer Seite beschreiben! —

Zahlstelle Dresden.
Am 8. Oktober verstarb nach längerer Krankheit der Kollege
Max Döring
im jugendlichen Alter von 17 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Nachruf!
Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Wilhelm Claßen
gestorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Zahlstelle Düsseldorf.

Nachruf!
Unser Kollege **Wihl. Claßen** ist gestorben. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Kollegen und Kolleginnen der Firma **Wagel, Düsseldorf.**

Gesucht
tücht. Etuisarbeiter
welche selbständig arbeiten können und geübt im Beziehen von Schauenster-Etalen sind.
W. Rathjen,
Werkstätten für Schauenster- und Ladeneinrichtungen,
Hamburg 22, Paulsweg 4.

Unsern lieben Kollegen
Emil Göbel
zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Oberwesental.

Unsern lieben Kollegen
Anton Schuhmann
zu seiner Vermählung mit Fräulein **Marie Gabel** die besten Glückwünsche.
Zahlstelle Oberwesental i. G.

Unsern lieben Kollegen
Ludwig Weigel
und seiner lieb. Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Wlogau.

Achtung! Berlin!
Taubstumme Kollegen!
Am Freitag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, findet bei **Baum, Stallschreiberstraße 47, eine**
Versammlung
statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Die Ortsverwaltung.



WIRIL
Klebstoffe
sind allen voran
Glänzende Begutachtungen
Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, Industriellen, Werken u. der Handelswelt.

Muster v. 5 kg gern zu Diensten, Verwandungsart bitte angeben
Chemisch-Technische Werke
Willybald Richter
Leipzig Querstr. 4/6

Tel. 3049, 11248 ★ Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.

Großer Posten
buntes Moireepapier
sokort weit unter Preis abzugeben.
Offerten unter N. 2. 2031 an Rudolf Woffe, Köln.

Anzeigen finden nur Aufnahme nach vorheriger Einsendung des Betrages.